parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 15 — 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Demokratie und Rechtspopulismus

3 Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung

4 Pressrgespräch zur Reform des Sorgerechts

5 Der Renten-Unsinn von Höcke&Co

Kommentar

Beitragsfrei

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Am 1. August hat das neue Kindergartenjahr begonnen. Es ist für viele Eltern in Thüringen beitragsfrei und ein weiterer Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Im Dezember 2017 hatte die rot-rot-grüne Koalition im Landtag die Einführung des ersten beitragsfreien Jahres beschlossen.
DIE LINKE setzt bei der Förderung von Familien und Kindern einen Schwerpunkt. Wir haben inzwischen das zweite beitragsfreie Jahr angeschoben, das ab August 2020 wirksam wird. Dies bedeutet, dass dann fast die Hälfte der Thüringer Kindergartenkinder keinen Beitrag mehr zahlen brauchen – eine wichtige Entlastung von Tausenden Familien mit kleinen Kindern. Sie haben dann durchschnittlich 1.400 Euro mehr im Jahr für Urlaub, gemeinsame Unternehmungen und Anschaffungen zur Verfügung.
Parallel haben wir auch in die Qualität investiert. So wurde der Betreuungsschlüssel für die über Dreijährigen deutlich verbessert. Beginnend mit dem 1. Januar 2020 werden die Stellenanteile erhöht, die die Kindereinrichtungen als Ersatz für Krankheit, Urlaub und Fortbildung von ErzieherInnen erhalten. Zudem wird in größeren Einrichtungen für mehr Leitungspersonal gesorgt. Das sind 1.000 ErzieherInnen mehr für unsere Kinder. Mit einer Ausbildung, die nahe an der Praxis ist, wird die Attraktivität des Berufsweges gesteigert.
Diesen Weg, vor allem Familien mit Kindern zu unterstützen, wollen wir fortsetzen. Die LINKE will in der nächsten Legislaturperiode schrittweise die Elterngebühren in den Kitas vollständig abschaffen. Dadurch und durch die weitere Qualitätsverbesserung werden wir deutschlandweit zum Kita-Bundesland.

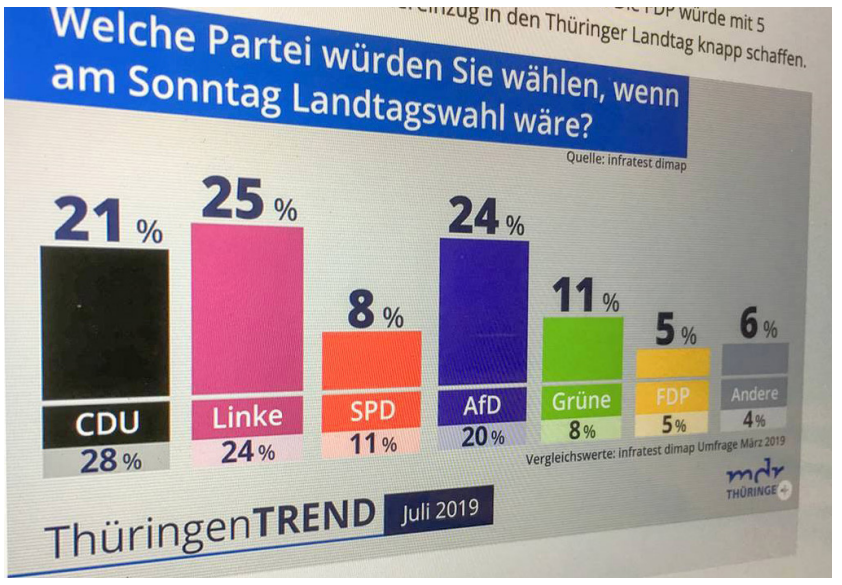
Den Weg fortsetzen

Rot-Rot-Grün mit Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten weiterführen

Aus der am 30. Juli vom MDR veröffentlichten infratest dimap-Umfrage zur Landtagswahl geht die LINKE als stärkste Kraft hervor. Dazu Susanne Hennig-Wellsow, Fraktions- und Parteivorsitzende: „Wir wollen diesen Weg fortsetzen, Rot-Rot-Grün mit Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten weiterführen. Seine deutliche Wertschätzung - bei einer Direktwahl des MP würden sich 52 Prozent für Bodo Ramelow aussprechen, für Mike Mohring (CDU) 28 Prozent - und die Anerkennung der Regierungsarbeit bestätigen uns.“ Die meisten würden auch eine Wiederauflage der Koalition aus LINKE, SPD und Grünen bevorzugen: 46 Prozent der Befragten fänden Rot-Rot-Grün sehr gut oder gut.

Die Linksfraktion werde mit Vehemenz ihre sozial-gerechten und ökologischen Anliegen vorantreiben, wie eine gute Bildungs- und Familienpolitik, gerechte Kommunalabgaben und eine zukunftssichere Entwicklung aller Regionen in Thüringen. „Wir werden nicht nachlassen, weiter für gute Löhne zu streiten, von denen man leben kann und eine auskömmliche Rente im Alter hat. Zu einer existenziellen Frage für viele Menschen entwickeln sich in verschiedenen Regionen die Mieten. Wir halten einen Mietendeckel für einige Thüringer Städte für zwingend notwendig, ebenso wie den verstärkten sozialen Wohnungsbau“, so Susanne Hennig-Wellsow.

„Besorgniserregend ist allerdings der ungebremste Höhenflug der rechtsaußen AfD. Damit bekommt der in Thüringen insbesondere durch Björn Höcke vertretene extrem rechte ‚Flügel‘ Rückenwind. Das ist eine unerträgliche Nachricht für all diejenigen, die Demokratie, Solidarität und Mitmenschlichkeit leben. Wir laden alle dazu ein, ein demokratisches, solidarisches und gerechtes Thüringen weiter voranzubringen“, sagte die LINKE-Politikerin.



KoBB angemessen ausstatten

Integraler Bestandteil einer bürgerfreundlichen Polizei

Die Ankündigung des Thüringer Innenministers, Georg Maier (SPD), das System der Kontaktbereichsbeamten der Polizei beizubehalten und auszuweiten, wurde von der Linksfraktion begrüßt.

Es ist wichtig und richtig, auf ein flächendeckendes System von Kontaktbereichsbeamten zu setzen, um das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in die Polizei als Garant von Ordnung und Sicherheit zu stärken“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Steffen Dittes.

Die Kontaktbereichsbeamten (KoBB) seien durch die Ansiedlung im kommunalen Bereich und die daraus resultierende Bekanntheit für viele Menschen leichter zu erreichen und senkten auch die Hemmschwelle, etwaige Straftaten anzuzeigen. Der KoBB müsse daher integraler Bestandteil einer bürgerfreundlichen und kommunikativen Polizei sein. Dafür bedürfe es aber auch einer entsprechenden Einbindung in die polizeilichen Strukturen und der Gewährleistung der entsprechenden Ausrüstung.

Mit seinem Vorschlag für eine veränderte Ausstattung der Kontaktbereichsbeamten komme der Innenminister dem Beschluss des Landtages vom 25.01.2018 nach, den dieser auf Antrag von Rot-Rot-Grün gefasst hatte. „Kontaktbereichsbeamte können nur dann in der Lage sein, alltägliche Aufgaben im Bereich Sicherheit und Ordnung wahrzunehmen und darüber hinaus auch eine wichtige Rolle bei der Bewältigung geringfügiger Kriminalität spielen, wenn sie über die dafür notwendigen Mittel verfügen“, stellte Steffen Dittes klar. Die Koalitionsfraktionen hätten daher ebenfalls bereits im vergangenen Jahr mit ihrem Antrag „Thüringer Polizei 4.0“ formuliert, dass insbesondere die mobile Aufnahme von Anzeigen und Vorgängen ermöglicht werden müsse. Die entsprechende Technologie müsse den KoBB korrespondierend zu ihren neuen Aufgaben im Streifendienst auch zur Verfügung gestellt werden, mit der Umstellung der Fahrzeugflotte sei es daher nicht ge-

Bedrückende Studie zu Kinderarmut

Der Paritätische stellte eine Untersuchung zu Einkommensungleichheit und Teilhabe vor

Nach der am 1. August von Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, vorgestellten Studie „Verschlossene Türen. Eine Untersuchung zu Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen“ haben Familien, die von Armut betroffen sind, heute real noch weniger Geld zur Verfügung als vor zehn Jahren, um ihren Kindern das Notwendige zu finanzieren.

„Damit wird ihre Benachteiligung massiv verstärkt, sie werden weiter abgehängt“, kritisiert Karola Stange, Sprecherin für Sozialpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Mehr als jedes fünfte Kind oder Jugendlicher in Deutschland zähle zu den Armen.

Bei einkommensschwachen Familien sind vor allem Ausgaben für Aktivitäten der Kinder stark eingeschränkt. Dazu gehört das Teilnehmen am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben: das Erlernen eines Musikinstrumentes, Kinobesuche, Ferienfreizeiten, Sportaktivitäten, Vereinsbeiträge. „Durch diese Armutsspirale verlieren Kinder in elementaren Lebens- und Entwicklungsbereichen. Das ist ein Skandal. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden, dafür steht die Bundesregierung in der Pflicht“, fordert Karola Stange. Es müsse endlich für soziale Leistungen gesorgt werden, die ausreichend sind, Armut zu verhindern und allen Kindern Bildung und Teilhabe ermöglichen. Das nun in Kraft getretene „Starke-Familien-Gesetz“ sei dabei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. „Daher muss endlich zum Beispiel eine eigenständige Kindergrundsicherung - wie sie auch der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert - für alle Kinder auf den Weg gebracht werden“, sagte die Abgeordnete mit Blick auf die Forderung der LINKEN.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Tariflöhne

Stärker binden

Nach aktuellen Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung werden in diesem Jahr die Tariflöhne kräftig steigen. Das ist eine gute Nachricht für die Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen und positiv für die Binnennachfrage und die konjunkturelle Entwicklung. Auch angesichts dieses Trends ist es umso wichtiger, die Tarifbindung in Thüringen zu stärken, zumal sie deutschlandweit eher abnimmt.

Tarifflucht und das Unterminieren von Tarifverträgen bringen Niedriglöhne, von denen man kaum leben kann, und in der Folge Armutsrenten. Wir brauchen eine stärkere Tarifbindung, indem man zum Beispiel Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklären kann. Zudem sollte die Bundesregierung endlich gesetzliche Maßnahmen gegen die anhaltende Tarifflucht ergreifen.

Die rot-rot-grüne Koalition hat in ihrem kürzlich beschlossenen Vergabegesetz für Thüringen Regelungen zur Tariftreue in allen Branchen festgeschrieben. Damit ist die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen oder einen Mindestlohn gekoppelt. Nichtsdestotrotz brauchen wir darüber hinaus allerorts und für alle Arbeitsfelder eine stärkere Tarifbindung.

Ina Leukefeld ist Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

„Direkte Demokratie und Rechtspopulismus“

Veranstaltung der Koalitionsfraktionen mit Mehr Demokratie e.V.

„Demokratie und Rechtspopulismus“ war das Thema der jüngsten Mehr-direkte-Demokratie-Veranstaltung im Thüringer Landtag, zu der die Koalitionsfraktionen von LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gemeinsam mit dem Landesverband von Mehr Demokratie e.V. eingeladen hatten.

In fast allen europäischen Ländern verzeichnen rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen, Akteur*innen und Parteien Zulauf. Während Vertreter*innen von „Rechtsaußen“ den Ausbau direkter Demokratie befürworten, sehen demokratische Parteien Demokratie, Grund- und Minderheitenrechte durch rechte Strömungen und Organisationen gefährdet.

Mittel der Konsensverschiebung

Für den Eingangsvortrag konnte der Soziologe und Sozialpsychologe Prof. Dr. Harald Welzer gewonnen werden. Er ist Mitbegründer und Direktor der gemeinnützigen Stiftung „FuturZwei – Stiftung Zukunftsfähigkeit“. Sie beschäftigt sich mit alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen. Einleitend sagte er, dass ihn „die letzten Jahre die kommunikativen Erfolge der Rechtspopulisten sehr beschäftigten“.

Es habe eine Konsensverschiebung stattgefunden. Und es müsse davor gewarnt werden, dass sich der gesamtgesellschaftliche Kurs ändere. Die Demokratie könne aus der Demokratie, aus der funktionierenden Gesellschaft heraus zerstört werden. Es bestehe die Gefahr, dass „die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder das mitmacht, ohne es zu merken“. Mittel der Konsensverschiebung seien „verbale Grenzüberschreitungen“ sowie Konsensverletzungen, die „dafür sorgen, dass dieses Thema diskutiert wird“. In diesem Zusammenhang sprach der Referent von einer „schleichenden Wahrnehmungs- und Handlungsveränderung“. Und: „Demokratische Parteien verlieren in diesen Konsensverschiebungsprozessen.“

Direkte Demokratie „in der Hand der Bürger“

Rechtspopulisten könnten Instrumente der direkten Demokratie missbrauchen, um „ihre Politik der Angst noch stärker zu kommunizieren und Stimmung zu machen“, so Welzer. Dem widersprach Ralf-Uwe Beck von Mehr Demokratie e.V.: „Wir haben keine von oben gedachte direkte Demokratie, das sehen unsere Verfassungen nicht vor. Bei uns befindet sich die direkte Demokratie in der Hand der Bürger, ist sie eine Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie.“ Mehr noch: „Wir brauchen die direkte Demokratie für einen starken Parlameentarismus.“

Und wenn die AfD plakatiere „Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild“, dann meine sie wohl, dass alle Themen zur Abstimmung gestellt werden könnten, „das hat aber nichts mit den Verfassungen unserer Bundesländer zu tun“, betonte Ralf-Uwe Beck.

Er verwies dabei auf das Grundgesetz: „Grund- und Minderheitenrechte dürfen bei uns nicht zugänglich sein für direkte Demokratie.“ Im Übrigen machte der Landes- und Bundessprecher von Mehr Demokratie e.V. deutlich, dass in Thüringen viel erreicht worden sei und wir „die modernsten Regelungen aller Bundesländer haben, was Bürgerbegehren und Bürgerentscheide betreffe“.

Im Foto: Podiumsdiskussion mit (von links) dem Referenten Prof. Dr. Harald Wälzer, Dorothea Marx, SPD-Fraktion, Anja Müller, LINKE-Fraktion, Dirk Adams , Grüne-Fraktion, und Ralf-Uwe Beck, Sprecher von Mehr Demokratie e.V.

Ein Inklusionsgesetz

Karola Stange in der Landtagsdebatte zum Gleichstellungsgesetz

Das Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hat der Landtag am 4. Juli beschlossen. Nach intensiver Verständigung mit Vereinen, Verbänden und betroffenen Menschen wurde ein weiterer wichtiger Punkt des Koalitionsvertrages erfüllt. „Rot-Rot-Grün folgt damit langjährigen Forderungen des außerparlamentarischen Bündnisses zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention", sagte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Zu den wesentlichen Punkten des neuen Gleichstellungsgesetzes gehören die Verbesserung der Zugänglichkeit bzw. die Barrierefreiheit von Einrichtungen, die deutliche Stärkung der Position des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, Verbesserungen auf kommunaler Ebene, wie die Verpflichtung, Maßnahmenpläne zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu entwickeln, sowie die Partizipation und Stärkung der Position der kommunalen Behindertenbeauftragten.

„Das Thüringer Gesetz zur Gleichstellung aus dem Jahr 2005 ist so überarbeitet worden, dass eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft möglich wird", fasste Karola Stange zusammen. In der abschließenden zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung hatte die LINKE-Abgeordnete in ihrer Rede die lange und intensive Diskussion dazu hervorgehoben. Es sei „wirklich in den zurückliegenden vier Jahren intensiv daran gearbeitet haben". Und was dieses Gesetz so besonders mache: „Wir haben nicht ein Integrationsgesetz, sondern wir haben ein Inklusionsgesetz, und wir wollen damit genau das, was die UN-Behindertenrechtskonvention uns mit auf den Weg gegeben hat, auch in Thüringen umsetzen. Wir möchten nicht, dass Menschen ausgeschlossen sind, so wie es durch die Integration in den zurückliegenden Jahren gelebt wurde. Wir möchten, dass Inklusion gelebt wird. Da wird kein Mensch vorher ausgeschlossen, sondern all die Menschen mit ihren unterschiedlichsten Handicaps gehören zur Gesellschaft dazu. Das ist genau das Thema, welches dieser Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat. Dafür noch mal Danke."

Zudem sei in den Landeshaushalten für die Jahre 2019 und 2020 Geld in Höhe von 700.000 Euro eingestellt worden, „damit die kommunalen Behindertenbeauftragten finanziell durch das Land unterstützt werden können. Das gab es bisher nicht. Ich rufe alle Kommunen auf – so wie sie bereits auch informiert worden sind: Gehen Sie auf das Ministerium zu, stellen Sie die Anträge, um Ihre hauptamtlichen kommunalen Behindertenbeauftragten finanziell zu unterstützen von Seiten des Landes. 23 Thüringer Kommunen haben Beauftragte, die können Geld abrufen. Tut es, damit es nicht wieder zurückfällt in den Insgesamthaushalt. Ich denke, das ist eine Leistung, die kann sich sehen lassen. Das hat Rot-Rot-Grün hingebracht. Da wirkt unsere Politik".

Auf weitere Punkte eingehend verwies die Abgeordnete auf die nun vorgeschriebene Möglichkeit der Umsetzung von „leichter Sprache" durch die kommunalen Gebietskörperschaften: „Da, wo Menschen in leichter Sprache die Dokumente erhalten möchten, da sind diese in leichter Sprache zu erstellen." Die Vertreter des Landkreistags und des Gemeinde- und Städtebundes seien über solche Anforderungen nicht so sehr erfreut gewesen. Denn „das heißt auch, Kommunen müssen sich diesbezüglich weiterbilden, müssen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so bilden, dass leichte Sprache angewandt wird und damit auch Bescheide erstellt werden können".

Erstmalig und per Gesetz verankert ist auch, dass mit der nächsten Legislatur der Landesbehindertenbeauftragte am Thürin-

Auf den zweiten Blick

Die Arbeitslosenquote in Thüringen lag mit 5,2 Prozent um 0,1 Punkt über dem Juni-Wert. 58.117 Männer und Frauen waren erwerbslos gemeldet, 1.369 mehr als im Juni, aber immer noch 3.002 weniger als vor einem Jahr.
„Auch wenn die Zahl arbeitsloser Menschen in Thüringen geringfügig gestiegen ist, so kann doch insgesamt eine erfreuliche Entwicklung konstatiert werden. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinkt weiter, die Löhne steigen, wenn auch in den einzelnen Branchen sehr differenziert", äußerte sich dazu Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Linksfraktion.
„Auf den zweiten Blick fällt die positive Bewertung etwas differenzierter aus. Noch immer beziehen von den insgesamt 58.100 Arbeitslosen 35.000 Hartz-IV-Leistungen", bilanzierte die Abgeordnete. Die Jobcenter in Thüringen betreuten im Juli 2019 93.200 erwerbsfähige Leistungsberechtige. Obwohl im Vergleich zum Vorjahr die Zahl um mehr als 8.600 sank, ist die Gesamtzahl der Leistungsempfänger und damit ihre Abhängigkeit immer noch sehr hoch. „Besonders betroffen sind Alleinerziehende und deren Kinder, die oft im Vergleich zu anderen Kindern benachteiligt sind, insbesondere wenn von Ferien- und Urlaubserlebnissen die Rede ist. Alleinerziehende sind zwar seltener arbeitslos und öfter erwerbstätig als noch vor zehn Jahren, aber sie suchen situationsbedingt meist Teilzeitbeschäftigung. Die Folge ist, dass diese Familienform immer noch die mit Abstand höchste Hartz-IV-Bedürftigkeit darstellt, weil das Armutsrisiko von Alleinerziehenden im Langzeitvergleich gewachsen ist", so Ina Leukefeld.
Ursachen für das hohe Armutsrisiko sind die geringen Einkommen in den Branchen und Berufen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, der hohe Anteil an Frauen in atypischer und prekärer Beschäftigung, zu geringe Wochenarbeitszeiten sowie unzureichende staatliche Unterstützungsleistungen für geringverdienende Eltern. Die Gefahr ist groß, unter diesen Bedingungen lebenslänglich arm zu bleiben und insbesondere im Alter auch von Grundsicherung auf Hartz-IV-Niveau abhängig zu sein.
Die Landespolitikerin unterstützt deshalb die Bemühungen auf Bundesebene für eine Grund- bzw. Mindestrente, wie sie DIE LINKE einfordert. „Um die Situation - speziell der Alleinerziehenden - intensiver zu beleuchten und Konkretes zur Verbesserung ihrer Lebenssituation auf den Weg zu bringen, hat die rot-rot-grüne Koalition einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht, der im September beraten und beschlossen wird."

» Sozialstrukturatlas

Das Thüringer Sozialministerium präsentiert mit einer Veranstaltung im Congress Center-Messe Erfurt am 9. September den 2. Thüringer Sozialstrukturatlas. „Die Daten und Fakten zu den Lebenslagen der Thüringer Bevölkerung sollen allen Akteuren, die sich innerhalb der Sozialpolitik in den Regionen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Thüringen einsetzen, ein solides Instrument bieten", sagte Ministerin Heike Werner (LINKE). Erwartet werden spannende Vorträge, Podien und verschiedene Arbeitsgruppen, in denen die neuesten Erkenntnisse über die Lebenslagen in Thüringen diskutiert werden können. Die Anregungen und Impulse sollen in Planungsprozesse einfließen.

» BAföG-Geförderte

Im Jahr 2018 erhielten in Thüringen 21.690 Personen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Das waren nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik 1.905 Personen bzw. 8,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Förderung erhielten 13.162 Studierende und 8.528 Schüler. Die Zahl der geförderten Schüler sank im Vergleich zum Jahr zuvor um 640 Personen bzw. 7 Prozent, die der geförderten Studierenden um 1.265 Personen bzw. 8,8 Prozent. Der durchschnittliche Förderbetrag betrug 462 Euro je Monat, 12 Euro weniger als im Jahr 2017. Die geförderten Schüler erhielten im Durchschnitt 409 Euro monatlich, die Studierenden 496 Euro. Das waren jeweils 11 Euro weniger.

» Asylbewerber

Am 31.12.2018 erhielten in Thüringen 7.859 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Regelleistungen. Das waren nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 1.261 Personen bzw. 13,8 Prozent weniger als am Ende des Jahres zuvor. Im Vergleich zum Höchststand am 31.12.2015 waren es Ende 2018 rund 20 500 Empfänger weniger. Mehr als die Hälfte der 7.859 Regelleistungsempfänger stammte aus Asien, darunter fast jeder Dritte aus Afghanistan. 1 327 Personen besaßen die irakische Staatsangehörigkeit und 922 Personen die syrische Staatsangehörigkeit. Jeder vierte Regelleistungsempfänger stammte aus Europa (23,4 Prozent).

Jenoptik steigt aus dem Rüstungsgeschäft aus

Hennig-Wellsow: Umbau von militärischer in zivile Produktion ist ein Gebot der Stunde

Die Nachricht, dass sich Jenoptik von seinem Militärtechnik-Geschäft trennen will, wird von der Linksfraktion begrüßt.

„Das ist eine gute Entscheidung und eine langjährige Forderung der LINKEN“, so Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow.

Es sei richtig, dass der Jenoptik-Konzern durch den Verkauf der Militärtechnik-Sparte nicht länger ein Rädchen im Getriebe der Rüstungsindustrie sein werde. Jetzt sollten weitere Konzerne, die immer noch auf Wehrtechnik und Rüstungsgüter setzen, diesem Beispiel folgen. „Der Umbau von militärischer in zivile Produktion ist ein Gebot der Stunde. DIE LINKE steht für Abrüstung, friedliche Konfliktlösung und ein Ende der Gewalt – weltweit“, so Susanne Hennig-Wellsow.

Die Nachrichtenagentur dpa hatte am 29. Juli gemeldet, dass ein Komplettverkauf von sämtlichen Geschäftsanteilen des Bereichs Vincorion geplant sei. In diesem Bereich waren im vergangenen Jahr die Fertigung von Wehrtechnik - dazu gehören Komponenten für Schützenpanzer und Kampfjets - sowie der mechatronische Bereich von Jenoptik zusammengefasst worden.

Außerdem hieß es, dass der Vorstand bereits seit einiger Zeit signalisiert habe, dass eine Trennung von der Wehrtechnik nicht ausgeschlossen sei. Das Umsatzvolumen von Vincorion mit Produkten auch für die Luftfahrt- und Bahnindustrie lag im vergangenen Jahr nach Jenoptik-Angaben bei 166 Millionen Euro. Der Konzernumsatz betrug rund 835 Millionen Euro. Von den rund 4.000 Jenoptik-Beschäftigten arbeiten etwa 790 in dem zum Verkauf stehenden Bereich.

Zur Begründung hieß es, Jenoptik wolle sich auf sein Kerngeschäft mit Lasern, Messtechnik und optischen Systemen konzentrieren. Einnahmen aus der Trennung von Vincorion sollen in das Auslandsgeschäft vor allem in Amerika und Asien gesteckt werden.

Kommunen

Finanzkräftig

Die Zahlen und Fakten zur Finanzlage der Kommunen in Thüringen belegen, dass Rot-Rot-Grün seit 2015 Schritt für Schritt die Kommunen im Freistaat finanziell gestärkt und konsolidiert hat. Die Gemeinden konnten ihre Schulden im Jahr 2018 um über 150 Millionen Euro, also um fast neun Prozent, reduzieren, 20 Prozent sind schuldenfrei. „Dies ist ein wichtiger Indikator für die Stabilisierung der Kommunalfinanzen“, sagte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Das Volumen des Kommunalen Finanzausgleichs hat im Jahr 2014 unter der CDU 1,85 Milliarden Euro betragen, ist 2016 auf 1,901 Milliarden Euro angewachsen und beträgt jetzt fast zwei Milliarden Euro. Mit dem Haushalt für das Jahr 2020 steigt es auf über 2,1 Milliarden Euro. Außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs erhalten die Kommunen zudem über 1,3 Milliarden Euro Landeszuweisungen. „Wir haben Wort gehalten und die finanzielle Situation der Kommunen grundlegend verbessert. Dass einige Landkreise und Kommunen weniger Schlüsselzuweisungen bekommen, hat mit veränderten Verteilungsmechanismen, sinkenden Einwohnerzahlen, aber auch mit gestiegenen Steuereinahmen zu tun“, so Frank Kuschel weiter.

Rot-Rot-Grün hat den Kommunalen Finanzausgleich nachhaltig reformiert. So erhalten seit 2016 erstmals Kurorte aufgrund ihrer Mehrbelastungen zehn Millionen Euro Sonderzuweisungen. Zudem ist der Kinder- und Sozialkostenansatz an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst worden.

Reform des Sorgerechts

Wechselmodell kann nur funktionieren, wenn sich die Eltern vertragen

Die Reform des Sorge- und Unterhaltsrechts nach Trennung und Scheidung hat zu erheblichen Diskussionen geführt. Aus denen heraus haben sich Betroffene an die Familienpolitikerin der Linksfraktion, Margit Jung, gewandt. Besonders im Blickpunkt steht dabei das sogenannte Wechselmodell, bei dem das Kind abwechselnd von der Mutter und vom Vater betreut wird, und das offenbar als Regelfall ins Familienrecht aufgenommen werden soll.

Doch zeigen bisherige Erfahrungen von Betroffenen, wie auch von Fachleuten aus der Justiz und Jugendhilfe, dass vor einer solchen Reform sehr genau geprüft werden sollte, welche Neuerungen mit Blick auf das Kindeswohl und die weitere persönliche Entwicklung des Scheidungskindes sinnvoll sind und welche nicht.

Bei einem Pressegespräch in der Linksfraktion, an dem auch Vertreterinnen des Netzwerkes „Leuchtturm für Kinder in Thüringen“ teilgenommen hatten, betonte Margit Jung, dass „das Wechselmodell nur funktionieren kann, wenn sich die Eltern vertragen und das Kindeswohl, besonders auch bei Kleinkindern, wesentlich stärker berücksichtigt wird“. Doch es gingen natürlich die Eltern vor Gericht, die sich streiten. Werde dann das Wechselmodell angeordnet, „wird es immer auf dem Rücken der Kinder ausgetragen“, warnte die Abgeordnete. Marianne Scheller vom Mütternetzwerk legte ausdrücklich wert auf die Feststellung, dass „die Mütter, die das Wechselmodell ablehnen, nicht den Vater ablehnen, aber das System“.

Zu den Problembaustellen mit Thüringenbezug gehören die erhebliche Arbeitsbelastung der Richter und anderer Beschäftigter bei Familiengerichten. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der Eignung der Gutachter, die von den Gerichten zur Klärung von Einzelfragen bei der Entscheidung über das Wechselmodell beauftragt werden. Hinzu kommt die Frage nach den fachlichen Qualifikationen der Richter zur Bewertung bzw. Auswertung dieser Gutachten.

Margit Jung schlägt daher vor: Keine Festschreibung des Wechselmodells als Regelfall - wenn nötig, sollte diese Position auch über eine Bundesratsinitiative befördert werden. Durch sachliche Diskussion sollten Familiengerichte in Thüringen für eine sehr verantwortungsvolle Anwendung des Wechselmodells sensibilisiert werden.

Das Wechselmodell sollte keine Anwendung finden in Konfliktfällen und Fällen von Gewaltproblematik oder bei logistischen Problemlagen, wie weit auseinanderliegende Wohnsitze der Elternteile. Notwendig seien zudem eine verstärkte (verpflichtende) Qualifizierung und Spezialisierung der Familienrichter und des gutachterlichen Personals in Familiensachen sowie eine Reform der Regelungen zu den Gutachterkosten.

Diebstahlsversuch

Den Unsinn von Höcke & Co auch in der Rentenfrage aufdecken

Die AfD präsentiert sich als Partei der »Kleinen Leute«. Vor allem bei einem zentralen Thema bleibt sie ohne eine abgestimmte Konzeption. Ein Sonderparteitag zur Rentenpolitik wird wegen internen Streits auf 2020 verschoben.

Die Sozialpolitik ist in der AfD so umstritten wie wenige andere Themen, hier stehen sich Wirtschaftsliberale und völkische Sozialpolitiker mit sehr gegensätzlichen Vorstellungen gegenüber. Parteichef Jörg Meuthen zum Beispiel plädiert für eine schrittweise Abschaffung der gesetzlichen Rente, die durch Beiträge von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen finanziert wird. Stattdessen soll es eine steuerfinanzierte Mindestrente geben, die durch eine individuelle Vorsorge ergänzt werden soll. Davon hält die Thüringer AfD um Landes- und Fraktionschef Höcke nicht viel. Sie hat bereits im vergangenen Sommer ein Konzept vorgelegt, das am umlagefinanzierten Rentensystem festhält, zudem soll es einen steuerfinanzierten Zuschlag nur für Deutsche geben.

Im Höcke-Rentenpapier heißt es: „Doch nicht nur die gebrochenen Erwerbsbiographien bedingen zunehmend die Altersarmut. Hinzu kommt: Deutschland beherbergt den größten Niedriglohnsektor Europas …“ Richtig! Aber weil dem so ist, liegt die Antwort nicht in der Forderung nach einer Staatsbürgerrente – Rentenaufschlag nur für Deutsche. Gerade ausländische Kolleg*innen ohne deutschen Pass sind im besonderen Maße von Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen und daraus folgenden Armutsrenten bedroht. Statt der Wertschätzung der Lohnarbeit interessiert die AfD die Wertschätzung der richtigen nationalen Herkunft.

Die AfD im Thüringer Landtag möchte mit einer schlechten Kopie im Wahlkampf die Hegemonie in der Rentenfrage erobern: „Die Produktivitätsrente. Es geht um Wertschätzung. Ein Konzept der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag“, nennt sich das Programm für eine Rentenreform in Deutschland. Und weiter, anbiedernd: „Wir wissen, wem wir unseren Wohlstand verdanken.“ Damit tut die Thüringer Höcke-AfD so, als ob eine Landtagsfraktion die Möglichkeit habe, auf die Gesetzgebung des Bundes zur Rente Einfluss nehmen zu können.

Anders als der Bundesvorsitzende Meuthen, der den Menschen munter weiter die private Vorsorge empfiehlt und die gesetzliche Rentenversicherung infrage stellt, ist der national-soziale Vordenker Höcke sehr weit beim Diebstahlsversuch gegangen. Er hat sich einen Nachschlüssel zum Raub der Juwelen der LINKEN besorgt, der ihm und seinem national-sozialen Flügel die Tür zu den älteren Wahlkohorten in Thüringen öffnen soll. Hier waren zur letzten Bundestagswahl rund 1,8 Mio. Menschen wahlberechtigt. Der höchste Anteil fand sich in der Altersgruppe der 45- bis 65-Jährigen mit rund 37,5 Prozent (676.000 Wähler*innen). Ihnen folgten 557.000 Wähler*innen, die älter als 65 Jahre sind.

Die Kopiervorlage für die AfD ist der Begriff „Produktivitätsrente“. An Fakten interessierte Wissenschaftler*innen weisen seit Jahren nach, dass nicht die demografische Entwicklung – wie die CDU/CSU, Arbeitgeber*innenverbände und ihnen nahestehende Institute behaupten –, sondern die im Verhältnis zur gewachsenen Produktivität kümmerlich zu nennende Lohn- und Gehaltsentwicklung in Deutschland den Ausschlag für unzulängliche Rentenleistungen gibt. Die Entwicklung der Lohn-und Rentenkommen ist, so kann man denn auch bei der AfD nachlesen, „keine Frage demografischer Aspekte, sondern eine Verteilungsfrage“.

Da sind wir denn bei der Schlüsselfrage. Die AfD Thüringen will die sozialen Schieflagen auch bei den Rentner*innen nicht etwa durch Eingriffe in die Verteilungsstrukturen (Vermögenssteuer etc.) korrigieren, sondern vor allem durch die Ausgrenzung von Migrant*innen und Flüchtlingen. So soll die sog. Staatsbürgerrente – wenn es nach Höcke geht – nur Bürger*innen mit deutschem Pass gewährt werden. Die AfD rechnet nach eigenen Angaben einfach 2,5 Millionen Menschen, die in Deutschland gearbeitet haben und ihren Anteil an der gestiegenen Produktivität lieferten, aus der Zahl der möglichen Rentenberechtigten raus. Diese Menschen sollen nach den Vorstellungen von Höcke & Co keine Rente beziehen. Und das, obwohl sie das Bruttosozialprodukt in Deutschland mit erwirtschaftet haben.

Zweitens sollen die zur Aufstockung der Renten der Biodeutschen erforderlichen Bundeszuschüsse „haushaltsneutral“ durch die Streichung der Ausgaben für die Integration von Flüchtlingen, die Klima-Schutz-Subventionen und durch Kürzung oder Wegfall der Zahlungen an die EU finanziert werden.

Die national-soziale AfD ähnelt auch hier der NSDAP, die Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre des vergangenen Jahrhunderts soziale Forderungen von KPD oder SPD übernahm und antisemitisch umdeutete. Nur sind es dieses Mal nicht die Bürger*innen jüdischer Herkunft, sondern die Migrant*innen. Höcke hat vor kurzem deutlich gemacht, dass er damit nicht nur die Flüchtlinge meint, sondern alle, die seit den 1950er Jahren in dieses Land gekommen sind: „Klar ist auch, liebe Freunde, dass die seit Jahrzehnten praktizierte Politik der offenen Grenzen – und sie wird eigentlich schon seit 1955 praktiziert –, dass diese von den Altparteien zu verantwortende irrationale Zuwanderungspolitik uns finanziell hat bluten lassen, als hätten wir einen weiteren Krieg verloren.“

Alle Erfahrungen zeigen, dass Angst und Scham, das Leben im Alter wegen unzureichender Rentenansprüche nicht in Würde gestalten zu können, Groll und Vorurteile befeuern, die sich in Äußerungen wie: „Die kriegen alles, wir gar nichts, obwohl wir hier unser Leben lang gearbeitet haben“ Luft verschaffen und in der Wahlkabine zu Kreuzen werden.

In Thüringen gehen in der nächsten Zeit über 300.000 Menschen in den Ruhestand. Hier werden Fachkräfte händeringend gesucht. Alles muss dafür getan werden, dass Menschen, egal woher sie kommen, ihren Beitrag leisten können. Mit einer Staatsbürgerrente, die nur für Menschen mit deutschem Pass gilt, wird das sicher nichts. Thüringen und seine Entwicklung werden darunter leiden. Die entschiedenen Gegner der völkisch-nationalistischen AfD haben eine Aufgabe: Es gilt, den Unsinn von Höcke & Co. in der Rentenfrage aufzudecken.

Aus einem Beitrag von Rainer Benecke/Joachim Bischoff/Bernhard Müller in: https://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/rechtspopulisten-und-die-rentenfrage/

Rekordinvestitionen

Kindergärten

In der Förderperiode von 2017 bis 2020 erhalten 281 Thüringer Kindergärten und drei Kindertagespflegestellen Finanzmittel aus den Kita-Investitionsprogrammen des Bundes und des Landes. Allein mit den Mitteln des Bundesprogrammes werden 4.386 Betreuungsplätze in Kinderkrippen, Kindergärten und der Kindertagespflege erhalten und darüber hinaus 1.891 Plätze neu geschaffen.

„Das ist rekordverdächtig. Wir wollen, dass junge Familien sich in Thüringen wohl fühlen. Dafür schaffen wir die besten Bedingungen“, erklärte dazu Bildungsminister Helmut Holter (LINKE). Aus dem Gesetz über „Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder“ stehen Thüringen in der laufenden Förderperiode Bundesmittel in Höhe von 28,6 Millionen Euro zur Verfügung. Land und Kommunen stellen weitere 36,2 Millionen Euro bereit. „Neben der guten Versorgung mit Betreuungsplätzen garantieren wir Betreuungszeiten von bis zu zehn Stunden am Tag. Das ist deutschlandweit spitze und ein wichtiger Standortfaktor für junge Familien“, so der Minister. In Thüringen gibt es etwa 100.000 Plätze in 1.320 Kindertageseinrichtungen. Rund 95.200 Kinder werden dort betreut. Mit den Finanzen sorgen Bund, Land und Kommunen gemeinsam dafür, dass bei Bedarf neue Plätze geschaffen und bestehende modernisiert werden.
Zusätzlich zum Förderprogramm des Bundes stellt Thüringen weitere Mittel für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt und sozialen Infrastruktur zur Verfügung. In den Jahren 2018 und 2019 fließen davon zusätzlich zum Bundesprogramm zehn Millionen Euro in Investitionen in Kindertageseinrichtungen. In die Entscheidung zur Gewährung der Fördermittel werden die Jugendämter und die örtlichen Jugendhilfeausschüsse einbezogen. Es erfolgt eine Priorisierung nach Dringlichkeit der gestellten Anträge.

Bund, Länder und Kommunen hatten auf dem sogenannten Krippengipfel im April 2007 vereinbart, schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot aufzubauen. Ziel ist die Schaffung und die Ausstattung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege durch die Förderung entsprechender Investitionen. Zusätzliche Betreuungsplätze sind solche, die entweder neu entstehen oder die solche ersetzen, die ohne Erhaltungsmaßnahmen wegfallen. In der vergangenen Förderperiode von 2015 bis 2018 konnten mit den Bundesmitteln in Höhe von 14,1 Millionen Euro etwa 1.100 Betreuungsplätze neu geschaffen und rund 1.300 Plätze im Bestand gesichert werden. Land und Kommunen unterstützten mit 27,8 Millionen Euro.

Nicht nebenbei notiert

Angriffe von rechts

KOMMENTAR VON
MDL KATHARINA KÖNIG-PREUSS

In Thüringen wurden im letzten Jahr deutlich mehr Journalistinnen und Journalisten Opfer von Straftaten. Angriffe auf die Pressefreiheit nehmen zu und sie kommen von rechts. Das hat die Antwort des Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage von mir ergeben. Im Verlauf des Jahres 2018 kam es zu insgesamt elf Straftaten, davon neun, die der „Politisch motivierten Kriminalität (PMK) – rechts“ zugeordnet werden. Im Vergleich dazu gab es in 2015 zwei erfasste Straftaten auf Journalist*innen in Thüringen (eine PMK rechts, eine nicht zuzuordnen), ebenfalls zwei in 2016, die beide nicht zuzuordnen waren, in 2017 vier (drei rechts, eine nicht zuzuordnen) und in 2018 elf, davon neun im Bereich der PMK rechts, zwei nicht zuzuordnen.

Beispielhaft ist der schwere Übergriff im April 2018 in Nordthüringen, als zwei Journalisten von Neonazis aus dem Umfeld des seit Jahrzehnten aktiven Neonazis Thorsten Heise überfallen und schwer verletzt wurden. Dass auch diverse Journalist*innen bei Aufmärschen und Versammlungen von AfD und Neonazis seit mehreren Jahren nur noch in Begleitung von privatem Sicherheitspersonal ihre Arbeit durchführen können, ist eine nicht hinzunehmende Beeinträchtigung der Pressefreiheit, die essentielle Grundlage für die Meinungsbildung und öffentlicher Kontrolle ist.

Die seit 2015 erfolgte kontinuierliche Verbreitung von Begrifflichkeiten wie „Lügenpresse“ insbesondere durch die AfD führt zu einer Diffamierung von Journalistinnen und Journalisten, die sich auch in Form von Taten äußert. Sprache ist ein Abbild der Realität, umso notwendiger ist es, jederzeit Diffamierungen entgegenzutreten.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Krankenhaus-Ratschlag

Die LINKE lädt in den Landtag ein: Aktiv werden gegen Pflegenotstand

„Aktiv werden gegen den Pflegenotstand!“, lautet das Leitmotiv für den Thüringer Krankenhaus-Ratschlag am Dienstag, den 3. September, 11 bis 17 Uhr im Erfurter Landtag - eine gemeinsame Veranstaltung der LINKE-Fraktionen im Thüringer Landtag und im Bundestag.

Mit lautstarken Protesten, Demonstrationen und Streiks kämpfen die Beschäftigten und ihre Unterstützer*innen seit einigen Jahren gegen den Pflegenotstand in Krankenhäusern. Einerseits gibt es Erfolge: Die Personaluntergrenzen sind zwar völlig unzureichend, aber ihre Einführung war das politische Eingeständnis, dass es Vorgaben für das Verhältnis von Pflegekräften zu Patient*innen braucht. Ab dem nächsten Jahr bekommen die Krankenhäuser die Kosten für das Pflegepersonal nicht mehr als Teil der Fallpauschalen, sondern kostendeckend erstattet.

Andererseits ist konkrete Entlastung bisher kaum in Sicht. Vieles ist in Bewegung gekommen, aber es braucht noch mehr politischen und gewerkschaftlichen Druck, um wirksame Lösungen durchzusetzen. Der Ratschlag bietet die Möglichkeit, sich über Erfahrungen im Kampf um gute Arbeit und gute Pflege auszutauschen und die Strategien auf den unterschiedlichen Ebenen (Betrieb, Tarif, Politik) zu verknüpfen und gemeinsam weiterzuentwickeln. So sind Nadja Rakowitz vom Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Bündnis Krankenhaus statt Fabrik, und Sabine Stein, ver.di Betriebsgruppensprecherin am Universitätsklinikum des Saarlandes dabei. Ministerpräsident Bodo Ramelow hält ein Grußwort. Außerdem spricht die Thüringer Gesundheitsministerin Heike Werner darüber, was die Landesregierung gegen den Pflegenotstand tun kann.

Am Nachmittag geht es nach 15.00 Uhr in Arbeitsgruppen weiter. Sie beschäftigen sich mit den Themen: Erfahrungen mit Tarifbewegungen und Tarifverträgen für mehr Personal, Unterstützung für die Tarifbewegung am Uniklinikum Jena und Azubis für Entlastung

https://www.die-linke-thl.de/nc/termine/aktuell/detail/news/aktiv-werden-gegen-den-pflegenotstand/

FSV-Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit

Bereits seit einigen Jahren setzt der FSV 06 Eintracht Hildburghausen e.V. mit diversen Projekten immer wieder Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit. Zudem haben sich zahlreiche prominente Unterstützer bereits mit dem limitierten FSV-Trikot fotografieren lassen (http://www.eintracht-hildburghausen.de/news/1213-aktion-fsv-trikot-goes-around-the-world-gestartet).

Damit das Projekt „No Chance for Racism“ noch mehr Aufmerksamkeit und Würdigung in der Öffentlichkeit findet, wurde ein Skydancer am Kunstrasenplatz in Hildburghausen etabliert. Der Verein Alternative 54 Erfurt e.V. unterstützte das Vorhaben des FSV mit einer Spende. 1995 gründeten Abgeordnete der PDS (heute DIE LINKE) den Verein „Alternative 54 Erfurt e.V.“, um gegen die automatische Erhöhung der Diäten für Abgeordnete zu kämpfen. Dieser Verein gibt die automatische Erhöhung der Abgeordneten-Diäten an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine sowie Jugendprojekte weiter. Die Scheckübergabe erfolgte Anfang Juli durch den LINKE-Landtagsabgeordneten Steffen Harzer an den Vizepräsidenten des FSV, Jan Schlechtweg.

Der FSV hat drei Männermannschaften, eine Alten-Herren-Mannschaft und eine Nachwuchsabteilung mit Mannschaften der A- bis G-Junioren. Er sieht sich als aktiver Freizeit- und Nachwuchsgestalter für Kinder und Jugendliche aus Hildburghausen und Umgebung.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler